

Die Volksstimme
erscheint täglich abends mit Aus-
nahme der Sonn- und
Festtage.
Verantwortlicher Redakteur
mit Ausnahme der Beilage
Neue Welt):
Hr. Bahrle, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Hr. Schmiebsstr. 5/6.
Hr. 1567, Amt I.
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg.

Volksstimme

Prämienliste
Abonnement
Bierkaffee, inkl. Bringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
Der Preisband in Deutschland
monatl. 1 Exempl. 1,70 Mk.
2 Exempl. 2,90 Mk.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
einkl. Bestellgeld.
Eingelne Nummern 5 Pf., mit
Neue Welt 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7242.
Insertionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (acht Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost.

Nr. 100.

Magdeburg, Donnerstag, den 29. April 1897.

8. Jahrgang.

8 Stunden Arbeit! 8 Stunden Erholung! 8 Stunden Schlaf!

Diese idealen Ziele des internationalen Proletariats wird am 1. Mai die wohlhabendste Arbeiterschaft Magdeburgs und der Umgegend, als Teil des internationalen Proletariats, zur Anschauung bringen durch

massenhafte Beteiligung an dem Weltfest der Arbeit.

Zum achten Male versammelt sich das klassenbewusste Proletariat der civilisierten Welt und erhebt einmütig seine Stimme, um den vom internationalen Arbeiterkongress 1889 in Paris aufgestellten Forderungen Nachdruck zu verleihen:

Arbeiterschutz! Achttundentag! Arbeiterschutz!

Die sich selbst überlassene, auf der freien Konkurrenz beruhende kapitalistische Warenproduktion hat auch die menschliche Arbeitskraft und damit den Menschen selbst das Getriebe der freien Konkurrenz hineingerissen. Ohne Rücksicht auf das Geschlecht, das Alter, die Stellung und die Pflichten gegenüber der Familie und der politischen religiösen Gemeinschaft hat sie alle Mittel angewandt, um möglichst viel Arbeit aus der arbeitenden Bevölkerung herauszupressen und ihre Arbeitszeit auf das höchste Maß auszudehnen. Die Folge davon war notwendigerweise eine Verkümmern und Entartung der Bevölkerung in allen Ländern. Diesem Arbeiterbeschutzesgebot gefordert. Was jedoch auf diesem Gebiete geschehen ist, genügt nicht, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen, der schamlosen Ausbeutungen haben, wird durch die in entgegengesetzten Ländern betriebene planlose Ausmergelung menschlicher Kräfte wieder illusorisch gemacht oder mindestens stark beeinträchtigt.

Das Proletariat der ganzen civilisierten Welt

angt deshalb ein energisches Eingreifen des Staates zu Gunsten der Arbeiterklasse durch Verkürzung der Arbeitszeit und gesetzliche Regelung derselben und hat die gleichen Postulate aufgestellt:

Den Achttundentag! Den Arbeiterschutz!

Achttundentag und Arbeiterschutz müssen dem Proletariat zu teil werden, soll es nicht verkommen an Leib und Seele. Immer neue Gebiete erobert der kapitalistische Betrieb in rapidem Fortschreiten; er revolutioniert die ganze Technik und schafft immer neue Formen menschlicher Ueberanstrengung, während auf der andern Seite Krise ist, und schlimme Katastrophen sind zu erwarten, wenn die Staaten nicht endlich zu Reformen in vorgedachtem Sinne greifen. Die Staaten auf die Wünsche des Proletariats aufmerksam zu machen, zu zwingen, daß sie endlich sich fügen dem Willen des arbeitenden Volkes, ist der Zweck der

Maidemonstration des international verbrüdernten Proletariats beiderlei Geschlechts.

Diese Demonstration ist aber auch zugleich eine Bürgschaft des Friedens der Proletarier untereinander. Zur Zeit gährt und brodelt es allerwegen — im Weltkrieg, ein Menschenmorden, ein Blutvergießen; und wer weiß die Zukunft zu ergründen? Daneben plant die Reaktion eine politische Unterdrückung der Proletarier. Da es, feierlichst zu protestieren gegen

den Massenmord, die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung!

Wer will diesem Proteste fern bleiben? Heraus aus den Werkstätten, den Quartieren, Ihr Proletarier, und teilgenommen an dem gewaltigen Protest des internationalen Proletariats. Wie protestieren wir?

Die würdigste Begehung des Protestes ist die Arbeitsruhe!

Zahl derer, die den Gedanken der Verbrüderung des arbeitenden und leidenden Proletariats, sowie der Anbahnung des allgemeinen Weltfriedens durch Arbeitsruhe Ausdruck bringen werden, hat sich auch in diesem Jahre allgemein bedeutend vermehrt, und auch die hiesigen Gewerkschaften haben durch Versammlungsbeschlüsse bekundet, daß sie diese Absicht begünstigt. Trotz des benutzlichen Verhaltens der Unternehmernpresse und des Unternehmertums in größerem Umfang denn je, wird sich die Arbeiterklasse in ihrem Bestreben, den 1. Mai in gewohnter würdiger Weise festlich zu begehen, nicht beirren lassen, und zwar wird sie ihn, wo irgend möglich, durch Arbeitsruhe feiern! Zu diesem Zwecke findet

Sonnabend, den 1. Mai, vormittags 8 Uhr, im großen Saale des Drei Kaiser-Bund

eine Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen

welche die Arbeit ruhen lassen. Damit wird das Weltfest der Arbeit eingeleitet; die Festrede hält Albert Schmidt. Weiter sind geplant am 1. Mai abends

Vier öffentliche Volks-Versammlungen.

Am 1. Mai abends 8 Uhr in Friedrichslust (Leipzigerstraße), in der Zerbster Bierhalle (Schöningerstraße), im Weißen Hof (Friedrichsplatz) und in der Krone (Moldenstraße). Die Versammlungen werden um 8 Uhr eröffnet. Referenten sind die Genossen: Wilhelm Bartels, Hugo Gärtner, Wilhelm Kleeß, Albert Schmidt.

Festredner bitten wir Folge zu geben. Und nun, Arbeiter, Arbeiterinnen, benützt die kurze Spanne Zeit zu einer recht regen und nachdrücklichen Agitation für die Beteiligung an der Maidemonstration, dem Weltfest der Arbeit, damit auch die diesjährige Feier zu einer energischen Mahnung an unsere Gegner wird.

Die Gesamtarbeiterschaft Magdeburgs und Umgegend muß durch zahlreiche Teilnahme an den Maidemonstrationen den Beweis erbringen, den Schwestern und Brüdern aller Orte und aller Länder nicht nachzustehen in dem Streben:

Erringung eines menschenwürdigen Daseins, der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit!

Politische und volkswirtschaftliche Heberkeit.

Den Wortlaut der Depesche des Kaisers zu veröffentlichen ist dringend notwendig; schon begannen antisemitische Blätter die Reichstagsmehrheit mit dem Namen „vaterlandsloser Gefellen“ zu bezeichnen. Besonders thut sich der frühere Abwehrminister hervor und findet in Magdeburg willige Nachbeter. Dieser Angriff der Antisemiten ist um so unverständlicher, als selbst zwei Mitglieder ihrer Fraktion mit der Reichstagsmehrheit gegen die Marinevorlage gestimmt haben. Es muß festgestellt werden, ob jene Depesche die fraglichen Aeußerungen enthielt.

Herr v. Egiby ist am 29. März von einer in Berlin stattgehabten Protestversammlung beauftragt worden, dem spanischen Botschafter Kenntnis zu geben von der Stimmung, die die Gemüther des deutschen Volkes, soweit sie Kenntnis von den Vorgängen in Barcelona, von den gegen die Inhaftierten verübten unmenschlichen Grausamkeiten haben, beherrscht. „Ich habe mich“, so berichtet Herr v. Egiby jetzt darüber in seinem Organ Versöhnung, „dieses Auftrages erledigt und habe bei dieser Gelegenheit erfahren, daß das antilige Spanien die geschilberten Vorgänge für unwarhaft erklärt; ich habe den Eindruck, daß der Vertreter des spanischen Volkes in Berlin an diese nicht-wahr-sein auch wirklich glaubt; wieweit die ihn instruierenden Behörden dabei ehrlich zu Werke gehen, entzieht sich unserer Beurteilung. Der Herr Botschafter stellte mir sogar in Aussicht, daß in nicht ferner Zeit die Unwahrheit der behaupteten Vorgänge erwiesen sein werde. Der Anruf des gefolterten Sebastian Sunyé läßt ahnen, wie der Beweis erbracht oder wenigstens versucht werden soll. Nichts wäre erfreulicher, als wenn sich die Behauptungen wirklich als unwarhaft erwiesen; die Erscheinungen zwingen uns indes, die Möglichkeit einer solchen Beweisführung energisch anzuzweifeln. Jedenfalls darf die Sache nicht ruhen. Der gestittete Mensch macht Front gegen jedes Uebel, das ihm entgegentritt. Hier können wir zwar nur helfen, indem wir protestieren, demonstrieren, appellieren. Wenn aber alle, die sich solchem Vorgehen anschließen, die, wenn es sich um die Beurteilung eines einzelnen Bomben-, Säbel-, Messer-, Knuten- oder Pistolenhelden handelt, unter den Vordersten in der Gesittung gesehen sein möchten, wenn alle diese laut und lebhaft mit protestieren würden gegen die viel schrecklicheren Handlungen, die hier im Namen und im Dienste eines „christlichen“ Gemeinwehens verbrochen wurden, würde doch vielleicht das Uebel der jetzt noch Leidenden zu mildern sein; jedenfalls würde das von einem sogenannten Kulturstaat begangene Verbrechen als solches vor aller Welt gebrandmarkt. In der berechtigten Voraussetzung, daß die Vorkommission von den obersten Vertretern jenes Staates und von dem Hauptteile des spanischen Volkes selbst nicht getriggert werden, dürfen wir in einer solchen öffentlichen Brandmarkung eine Gewähr dafür erblicken, daß einer Wiederholung ähnlicher Greuel vorgebeugt werde. Darauf hin zu wirken, ist die Pflicht derer, die im Dienste der Entwicklung stehen. Die Menschheit als solche (jeder Einzelne von uns) ist zum Träger des heiligen Entwicklungsgedankens berufen.

Daß Pastor Köhler in die polnische Kassa bei Straßburg ist, ist bekannt. Wie der Gemahregelie der Volkszeitung mitteilt, hat er gebeten, ihm einen etwas geeigneteren Ort für seine zukünftige Thätigkeit zu zeigen, aber bisher vergeblich. Hierzu bemerkt Pastor Köhler: „Es scheint, als wenn frei und sozial denkende Gelehrte in Breslau die Spannung nur noch bei Nacht äußern dürften, wie denn leider der Rückzug der Gelehrten

und anderer Beamten aus der sozialen Bewegung sehr nachteilig ist. Die Brotfrage spielt eben heutzutage eine mächtigere Rolle als zu einer Zeit, wo der Stifter unserer Religion sprechen konnte: „Sorget nicht für Euer Leben, was ihr essen und trinken werdet. Böse aber wäre es, wenn nicht wenigstens einzelne ihre Gesinnung und Ueberzeugung über alles hoch hielten und die Mühseligkeiten einer unsicheren Zukunft im Interesse des Volkes auf sich nähmen, um zu zeigen, daß es noch Männer giebt, Männer fest wie die Felsen im Meere, die bleiben wie sie gewachsen, Männer, die unerschrocken eintreten für Volksbefreiung und Volkshebung, wie viele auch dem Mammon und den Orden nachjagen. Ernten sie auch keine Lorbeeren, so steht doch zu hoffen, daß sie nicht ganz verlassen sind, daß sie Unterstützung finden.“ — Eine mannhaftige Sprache.

Die Aufnahme weiblicher Mitglieder in den Gewerksverein der deutschen Klempner und Metallarbeiter ist in der Urabstimmung mit erheblicher Mehrheit abgelehnt worden. Von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erwarten wir keinen anderen Beschluß. Die Verhältnisse werden unsere feindlichen Arbeitsbrüder schon belehren.

Dem Bundesrat ist der seitens der Kommission für Arbeiterstaat angeregte Gesetzentwurf über die Ausdehnung der gewerblichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie zugegangen. Wie lange wird dieser Gesetzentwurf hier ruhen? —

Dem Kolonialminister ist der Premierlieutenant in der Schutztruppe in Ostafrika Schibbach zum Opfer gefallen, der nach längerer Krankheit im Lazarett zu Tanga gestorben ist.

Die Frauenfrage für Südwestafrika soll im Mai auf der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft zu München gelöst werden. Es handelt sich um die Anschaffung von weißen Frauen, um die jungen Ansiedler aus Deutschland dauernd an Südwestafrika zu fesseln. Vielleicht managen die Damen aus den „besseren“ Ständen den Anfang. Das Klima ist ja so schön dort.

Italien.

Der Nordausflug ein Antrieb, sich dem Vaterlande zu widmen. Der König empfing am Dienstag die Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer. Der Präsident der Kammer führte in seiner Ansprache aus, jetzt würden alle sich noch dichter um den König als das Symbol und die Hülfsmittel der nationalen Einheit und der freiesittlichen Institutionen scharen. Der König dankte den Aeußerungen des Parlaments und versicherte denselben, die Kundgebungen hätten ihn den Nordausflug vergessen machen und ihm neuen Antrieb gegeben, sich ganz der Pflicht des Vaterlandes zu widmen.

Türkei.

Wird Europa eine Monarchie weniger zählen? Diese Frage ist sehr aktuell. Wie der Daily-Telegraph aus Athen meldet, ist die Volksstimmung gegen die Dynastie im Wachsen. Der König lehnt entschieden alle Verantwortlichkeit für den Rückzug der Armee ab. Kalli habe dem König gesagt, daß das Ministerium das Vertrauen des Volkes nicht mehr benze. Der Times wird aus Athen telegraphiert, dort werde überall davon gesprochen, daß ein Koalitionskabinet oder ein Ministerium der Verteidigung gebildet würde. In einer Note der Zeitung Strip, die als das Organ Kallis gilt, heißt es, in einer Unterredung, welche Kalli vorgelesen mit den Ministern hatte, habe er die begangenen Fehler klargelegt und die Maßregeln angegeben, die nötig seien, um der Gefahr zu

begegnen. Kalli habe die sofortige Einberufung der Kammer empfohlen, damit diese im regelrechten Geschäftsgange die Lage entscheide. Der Rat Kallis sei dem Vizepräsidenten mitgeteilt und von letzterem als mit Interessen des Landes im Einklang stehend befunden worden. Hierauf sei die Einberufung der Kammer erfolgt. In einer Beratung, welche der König mit Sottropo, Kalli, Jimopulo, Stonlondis und Karapanos hatte, der König die Lage auseinandersetzen. Die Parteiführer erklärten, die Entscheidung über die zu ergreifenden Maßnahmen sei Sache der Regierung. Nach längerer Beratung schlug der König die Einberufung der Kammer vor, von den Parteiführern gutgeheißen wurde, da sie Klärung der Lage herbeiführen könne. Am vorgeschlagenen Tage war die Kammer nicht beschlußfähig; die Anträge der Regierung fehlten. Auch französische Blätter telegraphieren, daß die Erregung in Athen zunimmt, daß ein Volkshaufen mehrere Waffenläden geplündert. Einem Aufruhr gegenüber wäre die königliche Gewalt machtlos, besonders da sie in der Regierung keine Unterstützung findet.

England.

Die Kaiserzusammenkunft. Kaiser Josef ist in Petersburg festlich empfangen worden. Bei dem Festmahle versicherten die beiden eine vollkommene Solidarität unter sich. Die Blätter der Monarchie zu dienen haben, erblicken hierin einen Beweis der Freundschaft, die Oesterreich und Rußland umschlingt. Die Freundschaft der Russen ist noch kein Bande gut bekommen.

Partei-Nachrichten.

Seer und Sozialdemokratie in richtiger Belichtung. Im Lüneburger Volksblatt erschien am 2. Dezember 1900 aus Lüneburg die Duktung verschiedener Beiträge für Hamburger Streik. Duktiert war unter anderem 1 unter dem Vermerk: „Ein Unteroffizier (2 Hannov. D. I.)“ Es wurde deshalb Beleidigungsklage gegen den Verantwortlichen des Lüneburger Volksblattes erhoben und tatsächlich ist ja auch die Beurteilung erfolgt. Das Blatt veröffentlicht jetzt das Urteil im Wortlaut und findet sich folgende Stelle:

Der Vermerk enthält eine Thatsache, die geeignet ist, Unteroffiziere des 2. hannoverschen Dragoner-Regiments in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Der Vermerk befaßt zwar nicht, daß ein Unteroffizier sich unmittelbar an einem von sozialdemokratischen Seite ausgehenden Unternehmen durch Herausgabe des Geldes beteiligt habe. Denn die Sammlung für die streikenden Arbeiter in Hamburg ging nicht von sozialdemokratischer Seite aus. Aber das Lüneburger Volksblatt ist das Organ der sozialdemokratischen Partei im 16. hannoverschen Wahlkreis.

Der Vermerk sagt seinem Inhalt nach, daß ein Unteroffizier des genannten Regiments entweder unmittelbar an die Herausgabe dieses Geldes eine Zahlung geleistet hat, oder an den Geschäftsführer des Genossenschaftskartells mit dem Bewußtsein, die Zahlung in diesem Blatte veröffentlicht werde. Die Unteroffiziere des Regiments werden dadurch mit den Bestrebungen sozialdemokratischer Partei in Verbindung gebracht, aus dem Inhalte des Vermerks ist zu entnehmen, daß in dem Unteroffizierscorps des Regiments Beteiligung an den Bestrebungen der genannten Partei stattfinden. Hierdurch werden die Unteroffiziere in der Stellung, die sie innerhalb der menschlichen Gesellschaft inne haben, herabgesetzt.

Man mag im übrigen über die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei denken wie man wolle: für einen aktiven Unteroffizier, der nicht nur zur Erfüllung der Wehrpflicht dient, sondern herabwürdigend, wenn er sich irgendwie an den Bestrebungen der genannten Partei beteiligt. Die Armee ist es in erster Linie, die dazu berufen ist, den Thron und Staat in seiner jetzigen Gestaltung zu schützen. Jeder, der dieser Armee aktiv angehört, insbesondere aber

Fenilleton.

Die Türe. (Fortsetzung.)

Um fünf Uhr morgens wurde die Thür aufgeschlossen. Das Mädchen war auf den Steinfliesen in einem unruhigen Halbschlummer versunken und schlief zusammen, als der Wächter sie anredete:

„Steh mal auf, Du, und komm mit!“ Sie folgte ihm und er führte sie zuerst durch den Flur in das Bureau, in welchem sie eingeschlossen worden war.

Nur der Beamten, den sie vorher gesehen hatte, befanden sich jetzt zwei Schutzleute im Saal und ein großer Mann in gewöhnlicher Zivilkleidung. Er sah sie prüfend von oben bis unten an.

„Du bist die Gerichte?“ rief er und als sie nicht antwortete, schickte er mit seinem Kopfbedeckung die Beamten zu holen. „Wahrscheinlich Du wollest antworten, ja?“

„Ja, die Gerichte.“ „Mit Dir machen wir keine Unannehmlichkeiten. Und antworte mir nicht, mich anzulügen, ich weiß alles, hast Du wohl? Jede Schwärze hat es gesehen.“

Der Mann machte vor Angst und man setzte es auf einen Stuhl. „Wie heißt Du mit Vornamen?“ fragte der Mann wieder. „Anna“, erwiderte leise das Mädchen.

„Du bist also die Gerichte?“ „Das Kind nicht.“ „Aha“, sagte der Beamte, die Schutzleute sahen sich an und der Bureaubeamte schielte alles nieder.

Der Mann nahm einen Zettel vom Tische und während er darauf blätterte, erzählte er ihr über ihre Eltern, über die Namen ihrer Geschwister. Es schien, als ob er alles wisse und Clara Gerichte antwortete mechanisch, mit einer leisen isotonischen Stimme. Sie mochte nicht, ob sie weine oder lächle, es war ihr alles einrecht.

„Wo seid Ihr bei der Vernehmung gewesen?“ „Auf dem Hauptmarkt.“ „Und da habt Ihr gesehen — Sige nicht!“ Sie erfuhr, als sie den Kopf schüttelte. „Ihr habt in einer Türe vier Reiter beobachtet gesehen! Ja, es ist ja?“

„Nein, Herr. Ja läge gewiß nicht, aber gestohlen haben wir nicht.“

„Wir werden es schon herausbringen. — Nun, und was habt Ihr dann gemacht?“ „Nur geschwiegen.“

„Ich will es Dir sagen. Ihr seid an den Hasen gegangen und da Euch Euer Brüderrufen bei Euren Diebstählen lästig war, habt Ihr es mit vereinter Kraft in's Wasser geworfen.“

„Nur schüttelte den Kopf.“ „Nein, das arme Fräulein war uns nicht lästig. — Wir wollten alle sterben — in's Wasser springen — und da haben wir Fräulein zuerst hinein geworfen.“

„Ihr wolltet in's Wasser springen?“ „Ja — alle.“ „Warum thutet Ihr es denn schließlich nicht?“

„Ich weiß es nicht, Herr — aber wie ich das Fräulein da unter gehend sah — und wie es dann auf dem Wasser schwamm — da wurde mir so heilig.“

„Und da seid Ihr davongelaufen?“ „Ja.“

„Was hat Euch denn veranlaßt, diese Schandthat zu begehen? Warum habt Ihr das unglückliche, hilflose Kind ins Wasser geworfen? Warum wolltet Ihr, wie Du sagst, Euch alle erlösen?“

„Wir wollten nicht mehr nach Hause gehen — weil wir nichts zu essen hatten — und weil wir Schläge bekommen.“

Die Beamten sahen sich an. Sie konnten die Handlung gar nicht fassen. „Und wie war es denn? Du hast das Kind bei den Schutzleuten gefasst und Deine Schwester hat es bei den Beamten ergriffen.“

„Nein, ich habe es allein getan.“ „Ganz allein?“

„Ja, ich habe es über die Treppe gehalten und fallen gelassen.“

Die Beamten konnten einen Aufschrei des Entsetzens nicht unterdrücken. Dann las der Kriminalpolizeist durch, was Clara ausgesagt hatte und unterzeichnete das Protokoll. Hierauf wendete der Kriminalpolizeist durch den Hauptbeamten, daß das schweigsame Mädchen wirklich die Clara Gerichte sei und daß sie vor dem Kriminalkommissar die Thüre bereits eingeschlossen habe.

Nach einer Weile wurde durch den Fernsprecher geantwortet und kurz darauf hörte man draußen einen Wagen vorfahren.

„Vorwärts marsch!“ befahl der Kriminalkommissar und in Begleitung der beiden Schutzleute brachte Klara hinaus und setzte sie in den draußen vorgefahrenen Wagen.

Klara hörte nur, daß der Kutscher zur Staatsanwaltschaft fahren sollte. Dann wurde nichts mehr gesprochen. Der Kommissar sah neben ihr und hielt bei der Hand. Ihr gegenüber saß ein Schutzmann, andere befand sich neben dem Kutscher auf dem Rücksitz. Eine Zeitlang lebte sie in der thörichten Hoffnung, alles nur ein wilder Traum sei, dem bald das Erwachen folgen müsse. Aber sie hörte das Rollen des Wagens und seine Bewegungen erschütterten ihren Körper. Es war kein Traum, es war entsetzliche Wirklichkeit, hatte etwas Schreckliches begangen und sie mußte es schwer büßen.

Der Wagen hielt. Sie mußte aussteigen und wurde von dem Kommissar, der ihre Hand nicht mehr frei in ein großes Gebäude geführt. Der Morgen graute und ein ungewisses Dämmerlicht erfüllte die Korridore und die Stiebtreppe, welche sie passierten. Sie besaß sich in dem Gerichtsgebäude. Das ganze Personal Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei war anwesend, denn ein Verbrechen des Mordes, des verheerlichen Mordes, durch Kinder verübt, so etwas war nicht dagewesen.

Sie kamen in ein Zimmer. Bei ihrem Eintreten erhoben sich verschiedene Männer und traten hinzu. „Da ist sie!“

„Ja, das ist sie“, sagte der Kommissar leise, und dem er mit dem Zeigefinger auf das Protokoll zeigte, welches er in der Hand hielt, fügte er mit einem gewissen Stolze hinzu: „Und alles habe ich schon heraus.“

begab er sich in ein Nebenzimmer. Klara wagte es nicht, die Männer anzusehen, sondern mit so durchbohrenden Blicken, wie etwas ganz Schreckliches betrachtete. Ihre Blicke waren auf die Kommissar gerichtet, durch welche der Kommissar verschwand. Da hing ein Schild: Königl. Staatsanwaltschaft. Holleuser.

(Fortsetzung folgt.)

Magdeburg, den 29. April 1897.

Alle Inserate für die Freitagnummer müssen bis spätestens Freitag früh 9 Uhr in unseren Händen sein. Des Waisfestes wegen erscheint am Sonntag keine Zeitung.

Werbet Abonnenten! Der Monatswechsel steht bevor. Es ist Gelegenheit, auf unsere Zeitung zu abonnieren. Viele Arbeiter, sogar organisierte, zählen noch nicht zu unseren Abonnenten. Das ist ungebührlich! Arbeiter, die um das tägliche Tagesbrot kämpfen müssen, bringen es noch fertig, Zeitungen zu unterstützen, die auf Seite des Ausbeutertums stehen und in verkehrter und offener Form die Arbeiterbewegung verhöhnen, beschimpfen, Arbeiter! Schämt Ihr Euch dessen nicht? Habt Ihr so wenig Arbeitergefühl? Wir glauben es nicht! Nur Bequemlichkeit im Denken oder zu große Rücksichtnahme auf geistig niedrig stehende Personen bestimmt Euer Handeln, das in Hinsicht auf das Unterliegen reaktionärer, arbeitserfindlicher Zeitungen verdammenstwert ist. Laßt ab von einem solchen Handeln, das Euch selbst schädigt; laßt die von der Arbeiterschaft zur Vertretung der Arbeiterinteressen gegründete Volksstimme. Fort mit den seitlichen Plätzblättern aus Euren Wohnungen!

Die alte Lante Faber leidet unter ihrem Alter. Seh- und Denkfähigkeit verschwinden, was eine Notiz über unsere Arbeiter beweist. Lantagen hat aus unserer Versammlungsanzeige herausgelesen: „Abends sollen in vier verschiedenen Stadtteilen Volksversammlungen stattfinden, in denen über die Bedeutung des ersten Mai“ (?) gesprochen wird.“ Dabei steht aber in unserer Anzeige groß und deutlich folgende Tagesordnung: „Das Waisfest der Arbeit und seine Bedeutung für das Proletariat.“

Zu dem Streik der Bauarbeiter beim Kanalbau im Wilhelmshagen wird uns noch geschrieben: Der Kanal wird gebaut durch den Maurermeister Kallow. Die Arbeiter stellen eine Lohnforderung, da, wie bekannt, der Arbeitgeberverband selbst eine Lohn-erhöhung bis zu 30 Pfg. pro Stunde anerkannte, als die Bauarbeiter vor nicht langer Zeit in eine allgemeine Lohnbewegung eintraten. Die Forderung der Arbeiter wurde abgelehnt, worauf 53 Bauarbeiter die Arbeit sofort niederlegten. Gefordert wurde ein Streiklohn von 30 Pfg. Die beim Kanal tätigen Maurer arbeiten noch bis Mittag und stellen dann (16 an Zahl) ebenfalls die Arbeit ein, sobald 69 Arbeiter streiken. Der Meister glaubt, ausfallen zu können; er sagte: es sei gleich, wenn der Kanal auch einige Monate liegen bleibe. Bildet sich der Meister vielleicht ein, im Einverständnis mit der Gemeindeverwaltung, die den Kanal ausführen laßt, zu handeln? Die Arbeiter haben auch in ihrer Arbeitskraft wirksame Mittel zur siegreichen Durchführung des Streiks.

Der Steinseger- und Hammerstreik bei der Firma Radentien dauert noch fort. Unterstützungen nimmt entgegen Weiß, Gensdorfweg 20.

Ob der Kaiser kommt zur Einweihung des Kaiser Wilhelm-Denkmal oder nicht, diese Frage macht dem Bürgertum Sorgen. Die Magdeburgerische Zeitung kann noch nichts Bestimmtes mitteilen, der Festausdruck hat sich schon in vielen Sitzungen mit dieser Frage befaßt und gerichtet sich jetzt den Kopf über Vorschläge zur Errichtung einer Festtraße — auf Kosten des Gemeindefiskus, den doch die „großen“ Bürger am wenigsten füllen.

Vor dem Schwurgericht Magdeburg wird verhandelt am 1. Mai gegen die Zimmerleute Albert Jauß und Friedrich Rabach zu Leopoldshall wegen wissenschaftlichen Diebstahls; am 3., 4. und 5. Mai gegen den Pfarrerssohn Paul Hasemann hier wegen vorsätzlicher Brandstiftung; am 7. Mai gegen den Gumnit-arbeiter Albert Krüger hier wegen Mordversuchs; am 8. Mai gegen den Arbeiter Otto Wolgram hier wegen schwerer Unfugenschaft.

Folgende Diebstähle sind nach dem Polizeibericht hier verübt worden: Am 2. April: zwei breite Vorhänge nebst zugehörigen Bolzen; die Vorhänge sind aus Mühlenauer Grotton blau, braun und gelb gemustert, mit gelbem Stoff gefüttert und etwa 3,5 m lang. Am 18. April: ein hellgrauer Sommerüberzieher mit violettfarbigem Futter und Stoffknöpfen. Vom 17. bis 19. April: eine schwarze Tuchhose, ein goldener Kravattengürtel, A. W. 11. 12. 89. Vom 21. bis 22. April: ein schwarzgestreifter wollener Frauenrock.

Unfälle. Vom Gerüst des Rathausbaues in Sudenburg stürzte ein Maler drei Etagen hoch herab und war sofort tot. Der Knabe Fritz K. hat sich beim Spielen an einer Hackelmaschine eine Schnittwunde an der Hand zugezogen. — Der Knabe Walter G. hat sich in der elterlichen Wohnung den rechten Oberarm gebrochen. Beide Verletzte fanden Aufnahme in der städtischen Krankenanstalt. — Der Knecht S. ist auf dem Sudenburger Bahnhof zwischen zwei Eisenbahnwagen geraten und hat dadurch eine Durchschuß des Beckens erlitten. — Der Kaufmannslehrling H. aus Altenweddingen ist beim Aufputzen von Waren mit der rechten Hand in das Zahnrad der Winde geraten und hat dabei eine Durchschuß der Finger davongetragen. Beide Verletzte fanden Aufnahme in der Sudenburger Krankenanstalt.

Waisfeier.

Die Maurer Magdeburgs und der Umgegend beschlossen gestern Abend in einer im Luisenpark stattgefundenen, von etwa 1300 Maurern besuchten Versammlung: den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Nur eine einzige Stimme (die eines Bauarbeiters) war gegen die Arbeitsruhe.

Tabakarbeiter! Machte hiermit nochmals auf die Beschlüsse aufmerksam, welche Ihr am 29. März cr. in einer öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlung gefaßt habt. Alle klaffenbewußten Kollegen und Kolleginnen, welche am Waisfest der gesamten Arbeiterschaft teilnehmen können, treffen sich am 1. Mai, morgens 7 1/2 Uhr, bei Brauns, Jagloschberg Nr. 9. Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zu Magdeburg.

Stuccateure. Kollegen, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, werden ersucht, sich am 1. Mai, früh 7 Uhr, im Grothumschen Lokale einzufinden. In einer Versammlung wurde dieses beschlossene Waisfest der Arbeiter beschlossen, zu feiern, wo es ungenügend ist und wo nicht, den halben Tageslohn der Parteikasse zuzuführen.

Töpfer! Am 1. Mai ruht die Arbeit. Das ist ein mehrfach von Euch selbst gefaßter Versammlungsbeschuß. — Maler, Lackierer, Anstreicher! Laut Versammlungsbeschuß lassen wir am 1. Mai die Arbeit ruhen. Ein jeder Kollege hat sich pünktlich Sonntags früh 7 Uhr im Verlebschlokal, Katharinenstr. 5 einzufinden. Das ist eines jeden Kollegen Pflicht.

Dießdorf. Da der hiesigen Arbeiterschaft kein Versammlungslokal zur Verfügung steht, in dem eine Waisfeier abgehalten werden könnte, veranstalten die Arbeiter mit Frauen und Kindern einen Ausflug. Treffpunkt: Magdeburger Schauffee, nachmittags 1/2 3 Uhr. Gute Beteiligung wird erwartet.

Fernerleben und Umgegend. Unsere Waisfeier ist wie folgt arrangiert: Nachmittags 3 Uhr im Lokale der Wwe. Gausch Konzert und Kinderbelustigung; abends Feiertede, dann Ball (Eintritt 10 Pfg.) Die Arbeiterschaft mag den Aufruf der Volksstimme beachten und danach handeln.

Leimbörsch. Die Genossen und Genossinnen von Leimbörsch treffen sich am 1. Mai zu einem gemütlichen Beisammensein abends 8 Uhr bei E. Schütze. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Burg. (Für den Fabrikinspektor.) In der Schufabrik von Gleitz. Unterhagen, arbeiten etwa 20 männliche und 8 weibliche Arbeiter. Sämtliche Personen haben nur einen gemeinsamen Abort. Diesen benutzen außerdem noch im Hause wohnende Mietleute. — So wird uns berichtet. Es liegt nun an den Fabrikinspektor, diese Angelegenheit zu prüfen und Abhilfe zu schaffen. Laut Gewerbeordnung dürfen solche Mißstände nicht vorhanden sein. — Gommern. (Historische Funde.) Eine große Anzahl Urnen wurde beim Pflügen am Salgenfelde aufgefunden. Die Gefäße,

hauptungen seien erfunden und würden ihm aus Rache nachgesagt. Euitge sei wegen der erwähnten Körperverletzung zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Kreisphysikus Dr. Bartsch aus Neuhalbensleben kennt den Angeklagten bereit seit 20 Jahren und begutachtet, er sei zwar etwas schwerhörig, habe aber ein sehr gutes Gedächtnis und keinen geistigen Defekt, vielmehr nur einen schlechten Charakter. Der praktische Arzt Dr. Berniel aus Neuhalbensleben schließt sich diesem Gutachten an. Die Zeugenaussagen richten sich durchweg gegen den Angeklagten und lauten im Sinne der Anklage. Schneidewind hat danach wiederholt Leute dinge wollen, die von ihm bezeichneten Personen durchzuprüfeln. Nach der Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden bejahten die Geschworenen die Schuldfrage. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 3 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und dauernder Unfähigkeit, als Zeuge und Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag.

210. Sitzung vom 28. April.

Eingegangen ist ein Gesetzesentwurf betreffend Abänderung des Servistatuts.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Novelle zum Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz in Verbindung mit den von den Abgg. Köstke (wildliberal) sowie v. Plösch (kons.) und Gen. eingebrachten, den gleichen Gegenstand betreffenden Gesetzesentwürfen.

Abg. v. Plösch (kons.): Meine politischen Freunde erkennen an, daß der Regierungsentwurf manche Vereinfachung und Verbesserung enthält, doch bietet er lange nicht genug. Deshalb halten wir es für besser, noch eine Weile mit dem alten Gesetz zu arbeiten, um dann aber ganze Arbeit zu machen und alle Unbequemlichkeiten und Absonderlichkeiten des geltenden Gesetzes mit einem Schläge zu beseitigen. Wir verlangen in unserem Entwurf vor allem Beseitigung des Warteklebens, wir schlagen statt dessen eine Lebensführung vor. Ferner wollen wir, daß schon der Nachweis einer vierjährigen Arbeitszeit das Recht auf Rente gewähre. Dies würde durchaus nicht bloß Vagabunden zu gute kommen, denn viele eheliche Leute werden erst in späteren Jahren Arbeiter, weil sie infolge unserer unglücklichen Wirtschaftspolitik ihre selbständige Existenz verloren haben. Der umstrittenste Punkt unseres Entwurfs ist das Vorbringen der Renten. Heute wird sie zu gleichen Teilen von der Arbeitgeber- und Arbeiter geleistet, was besonders die Arbeitgeber auf schwerste belastet und die Arbeiter unzufrieden gemacht hat. Der Staat hat aber ein größeres Interesse an einem zufriedenen Arbeiterstand als der einzelne Arbeitgeber. Jetzt muß der kleine Bauer für jeden Arbeiter zahlen, während der reiche Börsianer für seine tausende Tonnen Getreide keinen Invaliditätsbeitrag zahlt. Mit einer Kommissionsberatung der Regierungsvorlage sind wir einverstanden, bitten dann aber auch die beiden anderen Entwürfe dorthin zu verweisen. Leider wird aber in dieser Session wohl nichts daraus werden, weil die Unfallversicherungskommission schon zu sehr belastet ist.

Abg. Köstke (wild-liberal) giebt zunächst einen Ueberblick über die verschiedenen einzelnen Versicherungsarten, und sucht nachzuweisen, daß der Gedanke, die einzelnen Zweige der Versicherung zusammenzulegen, undurchführbar sei. Schon der Vorschlag, die Krankenversicherung der Invalidenversicherung anzugliedern, erweckt schwere Bedenken. Ich fordere vor allem, daß die Vielgestaltigkeit der Schiedsgerichte beseitigt wird, die Schiedsgerichte müssen territorial abgegrenzt werden, dies wird auch für die Arbeiter am besten sein. Der Antrag des Herrn v. Plösch ist nur ein Agitationsmittel. (Unruhe rechts.) Er will eine Art Reichseinkommensteuer schaffen, diese haben jedoch die Herren von der Rechten bisher stets bekämpft; heute treten sie nur dafür ein, weil es ihren Interessen dienlich ist. Der Antrag hat eine sozialistische Tendenz, während sonst die Herren gegen den Umsatz eifern; etwas anderes wollen die Sozialdemokraten auch nicht, als alles aus dem großen Staatsfiskus bezahlen. Die kleinen Beamten, die Witwen und Waisen, die Lehrer und die Gewerbetreibenden, die heute keine Arbeiter halten und nichts zu zahlen haben, würden durch den Plöschschen Vorschlag benachteiligt. Grabe der Mittelstand würde also aufs schwerste belastet, den die Herren sonst immer schützen wollen. Der Antrag würde dagegen alle kommunalen und staatlichen Anstalten entlasten, weil diese keine Einkommensteuer zahlen, vor allem aber würde er dem Großgrundbesitzer und Großindustriellen Nutzen bringen, dies ergibt schon ein einfaches Rechenexempel. So würde ein Fabrikant mit 10 000 Mark Verdienst, der heute für seine hundert Arbeiter 5—600 Mark zahlt, nach dem Antrag Plösch 50 Prozent der Einkommensteuer, also nur 150 Mark zu zahlen haben, er hätte demnach mindestens 350 Mark verdient! (Hört! hört! links.) Für einen Großgrundbesitzer würde sich die Rechnung noch günstiger stellen. Aber damit sind die Herren von der Rechten noch nicht zufrieden, sie wollen nicht nur die Invaliditätsversicherung, sondern alle Versicherungsgeetze nach diesen Grundfäden regeln. Die Behauptungen der Rechten, daß besonders die Landwirtschaft unter dem Gesetz leide, sind übertrieben. Die Renten, die jetzt gezahlt werden, sind nicht hoch, aber eine Erhöhung würde die Arbeiter zu sehr belasten, auch die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 60 Jahre die Beitragsleistung der Arbeiter von durchschnittlich 7—8 auf 19—20 Mark erhöhen. Ich freue mich, daß selbst die Sozialdemokraten auf dem Gothaer Parteitag dies anerkannt haben. Für acceptabel halte ich den Vorschlag des Herrn v. Plösch, daß jeder Arbeiter, der das siebzehnte Jahr erreicht hat, auch ohne den Nachweis der Beitragszahlung eine Rente erhält. Es scheint mir ganz unmöglich, die umfassende Regierungsvorlage noch jetzt zu erledigen, deshalb schlage ich Ihnen vor, wenigstens meinen Entwurf anzunehmen, der sich als ein Auszug der Regierungsvorlage auf die dringendsten und notwendigsten Punkte beschränkt. Vielleicht könnte man meinen Entwurf dann gleich in zweiter Lesung hier im Plenum erledigen, das würde der eigentliche Sieg zum Ziele sein. Die größten Mißstände würden zweifellos durch meinen Entwurf noch in dieser Session erledigt, wir würden damit der Bevölkerung einen Dienst erweisen. (Beifall.)

Direktor im Reichsamt des Innern v. Woedtke glaubt, daß den verbündeten Regierungen sowohl der Antrag von Plösch als der Antrag Köstke als nicht annehmbar erscheinen möchte. Die Verteilung der Lasten nach dem von Plöschschen Entwurf hat schon Herr Köstke in durchaus gerechtfertigter Weise bekämpft. Etwas anderes will der Antrag Köstke, er erkennt einiges aus der Regierungsvorlage als gut an, will aber all die anderen Punkte ad calendarum vertragen. Es ist doch kaum zweckmäßig, ein Gesetz wie das Invalidenversicherungsgesetz mehrfach hintereinander abzuhandeln. Ich lege ganz im Gegensatz zum Abg. Köstke den größten Wert auf die anderweitige Verteilung der Lasten. Wir verlangen diese doch nicht nur, um die schlechte Wirtschaft einer einzelnen Versicherungsanstalt zu verbessern. Es handelt sich nicht bloß um die Preußen, die Reichsbediensteten des Vermögensstandes der einzelnen Anstalten ist kolossal, sie muß beseitigt, es muß ein Ausgleich gefunden werden.

Abg. Gamp (Reichspt.) giebt der Befürchtung Ausdruck, daß bei der gegenwärtigen Lage der Geschäfte die Novelle nicht mehr in dieser Session zur Verabschiedung gelangen werde. Meine Freunde bringen dem Vorschlag, einzelne Punkte des Gesetzes herauszugreifen und abzuändern, nicht die mindeste Sympathie entgegen. Redner empfiehlt den Plöschschen Gesetzesentwurf unter heftiger Polemik gegen den Abg. Köstke, dem er vorwirft, über die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes mit Leichtfertigkeit hinweggegangen zu sein.

Nach verbindlichen Bemerkungen verlagte sich das Haus um 6 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

nige, der berufsmäßig Mitglied der Armee ist, handelt gegen Ehre und Ehre, wenn er thätigen Anteil an den Bestrebungen einer Partei nimmt, die eine Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse anstrebt. . . .

Der Angeklagte . . . behauptet jetzt, er habe sich bei der Veröffentlichung nichts Besonderes gedacht,

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

In Jork stehen die Metallarbeiter in einer Lohnbewegung, ebendasselbe die Maler des Meisters. Sie fordern einen Minimallohn. — In Hamburg eilen die Fensterreiniger der Firma E. S. Wäuser. Am Tischlerstreik in Hannover sind jetzt 525 Tischler 69 Werkstätten beteiligt. 295 Gesellen in 47 Werkstätten sind die Forderungen bewilligt. — Ueber den Zimmererstreik in Hannover ist zu berichten, daß bis jetzt 30 Unternehmer die Forderungen voll bewilligt haben. Bei diesen arbeiten 230 Mann, annähernd die Hälfte aller Zimmerer Hannovers. 53 Streikende sind abgereist. — Von den streikenden Tischlern in Hameln haben 37 in Werkstätten ihre Forderungen bewilligt bekommen. Tischler blieben im Streik. Am Sonnabend lief die Andigungsfrist der übrigen ab, die sich an der Bewegung beteiligten. —

Die Aussperrung der Arbeiter.

Zur diesjährigen Waisfeier haben die Berliner Arbeitgeberverbände mit wenigen Ausnahmen an die Waisfeier Circulare erlassen, in denen die Abweisung aller Forderungen betreffend Freigabe des 1. Mai zur Pflicht gemacht wird. Der Verband der Berliner Metallindustriellen ist sich, wie verlautet, dahin schlüssig worden, diejenigen Arbeiter, welche in den Betrieben am 1. Mai ohne genügende Entschuldigung fehlen, mindestens 2 Tage von der Arbeit auszusperrern. Der Verein der Arbeitgeber in der Gutindustrialie hat gleichfalls Beschlüsse gefaßt, die geeignet sind, die Waisfeier zu verhindern oder einzuschränken; dasselbe läßt sich von dem Verein der Schuh- und Schäftefabrikanten erwarten. Die Freie Vereinigung der Berliner Kanonierfabrikanten hat durch Rundschreiben die Bestimmung in den Vereinsstatuten, welche sich die Waisfeier bezieht, hingewiesen. Alle Arbeiter, welche am 1. Mai feiern, sind danach sofort zu entlassen. Die Bitte der Entlassenen ist dem Vorstand zur weiteren Beschlußfassung vorzulegen. Die Arbeiterverbände der Baubranche wollen in diesem Jahre gleichfalls eine entschiedenere Stellung den Waisfeiern gegenüber einnehmen. Die Berliner Arbeiter, die auf Befehl Sedan und Reichsjubiläum feiern werden, und zwar zumeist auf eigene Kosten, werden ehestens wissen, wie sie dem menschenunfreundlichen Willen der Unternehmer entgegenzutreten. Der Hochmut immer ein schlechter Ratgeber; dies sollten auch die Berliner Unternehmer wissen. —

Ausland.

Eine große Aussperrung der Spindelmacher von Canada in England steht bevor. Die Ursache ist folgende: Ein Arbeiter einer Firma in Oldham weigerte sich, die von der Trades-Union ausgeschriebene Steuer zu zahlen, die zur Fällung der beim letzten Streik ganzlich leeren Kasse dienen sollte. Die Arbeiter verlangten die Freigabe des Mannes und reichten, als dies verweigert wurde, ihre Kündigung ein. Der Unternehmerverband des Industriezweiges für die Provinz Lancashire beschloß darauf, falls die Gewerkschaft ihre Forderung und Kündigung nicht rückgängig macht, alle Arbeiter auszusperrern. —

Aus den Gerichtssälen.

Schwurgericht Magdeburg. Meisid. Verhandelt wird gegen den Privatmann Friedrich Schneidewind zu Neuhalbensleben wegen wissenschaftlichen Meineides. Der Angeklagte ist am 6. März 1824 geboren und wurde im Jahre 1882 wegen Sachbeschädigung in 4 Fällen mit 1 Jahr Gefängnis, ferner wegen Uebertretung der Feldordnung mit 1 Woche Haft bestraft. Im Jahre 1896 wurde er wegen Unternehmern der Verleitung zum Meisid angeklagt, von der hiesigen Strafkammer aber gesprochen, weil auf Grund der Zeugenaussagen angenommen wurde, er leide an krankhafter Stimmung der Meisid. Am 12. Mai 1896 wurde er von dem ihm ähnlich gesinnten Arbeiter Euitge durch Faustschläge öffentlich gemißhandelt. In Folge einer Anzeige wurde er gegen diesen Anklage erhoben und in dem Verlebschlokal vor dem Schöffengerichte am 30. Juni 1896 Schneidewind eidlich als Zeuge vernommen. Ihm nun zur Last gelegt, er habe bewußt wahrheitswidrig geschworen, es sei nicht wahr, daß er 1. die Hölzer und Plünnig gedungen habe, dem Arbeiter Euitge zu verkaufen und daß er ihnen 1 Mark dafür gegeben habe, 2. früher den Euitge einmal gedungen habe, Arbeiter Kempe zu verkaufen, 3. am 12. Mai 1896 einem Knüttel auf Euitge losgegangen sei. Der Angeklagte giebt an, er habe am 11. Mai 1896 Höfer Plünnig nur aufgefordert, ihm am folgenden Morgen Zeugen zu dienen, wenn Euitge ihn wieder verhöre, ihm je 1 Mark dafür gegeben. Alle sonstigen Be-

ziehung der 4. Klasse 196. Kgl. Preuss. Lotterie.

Gewinne über 210 Mk. sind den betreffenden Nummern in folgender Weise zugeteilt. (Düne Gewinne.)

Table of lottery numbers and prizes for the 4th class of the 196th Prussian Lottery, dated April 28, 1897. It lists various prize amounts and corresponding winning numbers.

Table of lottery numbers and prizes for the 4th class of the 196th Prussian Lottery, dated April 28, 1897. It lists various prize amounts and corresponding winning numbers.

Pränumerando zahlbares Abonnementpreis: Vierteljährlich inkl. Bringelohn 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1,70 Mk. 2 Exempl. 2,90 Mk. In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,50 Mk. excl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., mit Neue Welt 10 Pf. Zeitungsliste Nr. 7242. Infectionsgebühr 15 Pf.

rg und Umgegend. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost. 8. Jahrgang.

Advertisement for a medicinal product. It features a portrait of a man and the text '1897' and '8 Stunden Erholung!'. The text below the portrait reads: 'Wir schreiben entgegen dem rosinen Licht... Und grüssen den kommenden Morgen... Die Schatten der Nacht, sie schrecken uns nicht... Uns stählen die Not und die Sorgen... Wir lassen morgen am Maientag... Die Banner, die purpurnen, fliegen... Es komme, was da kommen mag... Wir müssen, wir werden siegen!'.

Large political illustration. At the top, a figure in a white robe holds a banner that reads 'Proletarier aller Länder vereinigt Euch!'. Below, a figure in a dark, military-style uniform stands over a pile of weapons and a broken shield. At the bottom, the text reads 'Einigkeit macht stark' and 'Nieder mit der Lohnsklaverei! Nieder mit dem Militarismus! Nieder mit der Klassenherrschaft!'.

4. Ziehung der 4. Klasse 196. Kgl. Preuss. Lotterie.

Rum die Gewinne über 210000. Rab den betreffenden Nummern in Ziffern angegeben.

28. April 1897, nachmittags.

Table of lottery numbers and prizes for the 4th class, including columns for numbers, prizes, and winning amounts.

Table of lottery numbers and prizes for the 4th class, continuing from the previous table.

Frankfurt am Main, den 28. April 1897. Die Gewinne über 210000. Rab den betreffenden Nummern in Ziffern angegeben.